

# Geschäftsbericht des GEW Kreisvorstandes

Brandenburg an der Havel

Berichtszeitraum 2005 – 2009

## **1. Schwerpunkte der GEW Arbeit im Landesverband Brandenburg**

Einen Rückblick über die Arbeit des GEW-Kreisvorstandes kann man nicht geben, ohne über die Schwerpunkte, die sich im Berichtszeitraum in der Arbeit des Landesverbandes gezeigt haben, zu schildern.

Besonders einschneidende Veränderungen gab es in der **Tarifpolitik**. Galt bis 2005 in Bund, Ländern und Kommunen einheitliche Tarifverträge, davon war der bekannteste der BAT, besteht seit 1. Oktober 2005 diese Tarifeinheit nicht mehr. Für die Beschäftigten von Bund und Kommunen – also für die Erzieherinnen bei öffentlichen Trägern- gilt der TVöD. Im Mai 2006 einigten sich ver.di sowie die dbb Tarifunion und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder nach 14 wöchigen Streiks in Potsdam auf den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) – der für Lehrkräfte Gültigkeit besitzt. *Bei einer einheitlichen Entgelttabelle gibt es Unterschiede in der Arbeitszeit der Beschäftigten in den einzelnen Bundesländern und bei der Jahressonderzahlung auch eine unterschiedliche Behandlung zwischen West und Ost.*

Durch die am 1. September 2006 in Kraft getretene **Förderalismusreform** wurden Bundeskompetenzen in Länderhand gegeben. Das führt im Beamtenbereich dazu, dass Regelungen zur Besoldung, Versorgung und Dienstrecht der Landesbeamten in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Länder fällt. *Die Förderalismusreform wirkte sich auch auf die Bildungspolitik aus, die weitgehend Ländersache wurde. Damit zog sich der Bund aus der Finanzierung des Hochschulbaus und aus den direkten Finanzhilfen im Schulbereich zurück. Durch den weitgehenden Rückzug des Bundes aus der Bildungspolitik und aus der Einheitlichkeit der Beamtenbesoldung entledigte sich der Bund seiner sozialen Verpflichtungen und Hoheitsbefugnissen zugunsten einer Kleinstaaterei und zwingt so die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Kosten, zu Lasten der Studenten, Forschungseinrichtungen, Beamten, usw.*

Erwartungsgemäß zeigte unsere Landesregierung insbesondere in der Person des Finanzministers, wozu sie/er ob der neu gewonnen Kompetenzen in der Lage ist. Er legte trotz anderslautender Vereinbarungen aus dem Jahr 2003 - betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen und die zusätzlichen materiellen Eingriffe für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf den Zeitraum von 2004 bis 2006 zu befristen - dem Kabinett in der Sommerpause 2006 einen Gesetzentwurf vor, der eine Rückkehr zur alten Rechtslage im Beamtenbereich ausschließen sollte.

Konkret hatte er vorgeschlagen, im **Beamtenbereich** ab 2007 den abgesenkten Betrag der **Weihnachtsgeldzahlung** des Jahres 2006 fortzuschreiben. Als Begründung für dieses Vorhaben musste die komplizierte Haushaltssituation des Landes Brandenburg erhalten. Die GEW hatte diesen Gesetzentwurf scharf zurückgewiesen und den Finanzminister aufgefordert, die geschlossenen Verträge und Vereinbarungen strikt einzuhalten. Anfang November legte der Finanzminister allerdings noch einmal nach. Das Land konnte zwar mit ca. 160 bis 170 Millionen Euro Mehreinnahmen im Haushaltsjahr 2007 rechnen, aber als Belohnung sollte das Weihnachtsgeld der Beamtinnen und Beamten ab 2007 ganz gestrichen und im Angestelltenbereich im Jahr 2006 nur ein abgesenktes Weihnachtsgeld gezahlt werden. Statt die Vereinbarungen und Tarifverträge einhalten zu wollen, beschloss das Brandenburger Kabinett auf Vorschlag des Ministers der Finanzen einstimmig die zusätzlichen materiellen Einschnitte für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Gegen diese Vertragsbrüche demonstrierten am 22. November 2006 die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und zeigten Finanzminister Speer „die kalte Schulter“. Dieser gemeinsame Protest der Gewerkschaften hatte in der SPD-Fraktion dazu geführt, dass eine Mehrheit der Abgeordneten die Landesregierung aufgefordert hatte, den Gesetzentwurf zur Streichung des Weihnachtsgeldes nicht zur Abstimmung vorzulegen. Dies wiederum hatte zur Folge, dass der Ministerpräsident Vertreter der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Februar 2007 zu Verhandlungen über die Zahlungen des Weihnachtsgeldes einlud mit dem Ergebnis, dass die Sonderzahlung im Beamtenbereich für 2007 bis 2009 als Grundbetrag von 500 € gezahlt und in Abhängigkeit von Steuermehreinnahmen aufgestockt werden können. die

*Ost-West-Angleichung je nach Vergütungsgruppe ab 2008 bzw. 2010 erfolgt, ab 1.1.2008 eine 1,5% Besoldungserhöhung vorgenommen wurde. Das Finanzministerium zahlte den vereinbarten Ausgleichsbetrag für den Angestelltenbereich allerdings nicht ohne eine Auslegungsvereinbarung mit der GEW zu vereinbaren.*

Im Zusammenhang mit dem **TVöD** – der TV für die ErzieherInnen - fanden 2008 **Tarifverhandlungen** statt. Die Hauptforderung lautete: eine kräftige Lohnerhöhung. Am 19. Februar 2008 fand in Potsdam ein Warnstreik dazu statt. Zunächst waren die Verhandlungen für gescheitert erklärt worden, weil die Positionen der Tarifparteien zu weit auseinanderlagen, am 31. März 2008 erfolgte die Tarifeinigung bei der es erstmalig wieder gelungen war eine reale Einkommenserhöhung zu erreichen. Bei der Arbeitszeit gibt es jedoch auch nach fast zwanzig Jahren deutscher Einheit weiterhin Unterschiede zwischen Ost und West.

Zu Beginn dieses Jahres fanden die **Tarifverhandlungen zum TV-L** statt. Auch hier stand die Einkommenserhöhung im Vordergrund. Die GEW rief gemeinsam mit anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu Protestdemonstrationen in Potsdam auf. Im März 2009 erfolgte die Einigung zwischen den Tarifparteien. Der Minister der Finanzen schlug die Übernahme für den Beamtenbereich vor, das Kabinett hat diesem Vorschlag zugestimmt und ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren eingeleitet. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verhandelten weiterhin für die Beschäftigten des **TVöD** einen **Gesundheitstarifvertrag** und eine **Entgeltordnung für den Sozial – und Erziehungsdienst**. Dabei gingen die Arbeitgeber trotz Warnstreiks und Streiks im Mai 2009 anfangs nicht auf die Forderungen der Gewerkschaften ein.

Inzwischen konnten auch hier Erfolge verbucht werden.

Nicht nur bundesweit fanden im Berichtszeitraum zahlreiche Tarifverhandlungen statt. Um die Beschäftigung besonders im Lehrerbereich zu sichern und angemessene Arbeitsbedingungen zu schaffen, gab es im Berichtszeitraum zahlreiche Verhandlungen. *So wurde 2005 Einvernehmen über die **Vereinbarung zur „Weiterentwicklung der Qualität schulischer Bildung und Erziehung im Land Brandenburg“** hergestellt. Das bedeutete für die Lehrkräfte, dass Anrechnungsstunden für KlassenlehrerInnen,*

*FachkonferenzleiterInnen und die Kooperation zwischen KITAs und Grundschulen festgelegt wurden. Zudem war vereinbart worden, dass für verlässliche Anwesenheitszeiten ein Beschluss der Konferenz der Lehrkräfte erforderlich ist und anschließend der Lehrerrat in einem personalvertretungsrechtlichen Mitwirkungsverfahren durch die Schulleitung einbezogen werden muss.*

*Im Bündnis mit anderen Lehrerverbänden des Landes Brandenburg einigte sich die GEW 2007 mit dem Bildungsministerium darauf, dass Lehrkräfte der Schulämter Cottbus und Frankfurt/Oder, die von einem starken Schülerrückgang betroffen waren, sich durch freiwillige Teilzeit vor Versetzungen schützen konnten.*

Bereits im Jahr 2004 wurde der **Tarifvertrag zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen für Lehrkräfte an Schulen des Landes Brandenburg** abgeschlossen sowie die Rahmenvereinbarung zur beamten- und tarifrechtlichen Umsetzung des Schulressourcenkonzepts verabredet. Seit dem 1. August 2008 sind Teilzeitbeamte vollbeschäftigt, für Angestellte wurde die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit bis zum 31.07.2011 auf 75% mit einem Teillohnausgleich von 8% abgesenkt. Ab dem Schuljahr 2011/12 wird allen Lehrkräften die Vollbeschäftigung zugesichert. Angestellte Lehrkräfte sind bis 2013 vor betriebsbedingten Kündigungen geschützt. *In der Rahmenvereinbarung war auch die jährliche Überprüfung verabredet, ob die besondere regelmäßige Arbeitszeit angehoben werden kann, sodass in diesem Jahr die Erfahrungen des 1. Änderungstarifvertrages beim 2. Vertragsabschluss einfließen. So waren beschäftigte Lehrkräfte besonders im zweiten Halbjahr des Schuljahres 2008/09 von langfristiger Mehrarbeit für Krankheitsvertretung oder zur Absicherung von Fachbedarf betroffen. Nicht immer entsprach die Bezahlung den Erwartungen der KollegInnen, da nur real geleistete Stunden bezahlt wurden und damit Ferien oder Feiertage nicht zählten. Zusätzlich wird je nach Höhe der Mehrarbeit der Teillohnausgleich nur anteilig oder gar nicht gezahlt.*

Das Thema **Teilzeitverbeamtung** beschäftigte die GEW Brandenburg, uns als Kreisvorstand aber auch die betroffenen Lehrkräfte immer wieder. Zu dieser Thematik fanden in unserem Kreisverband fast jährlich offene

Mitgliederversammlungen statt. Die GEW forderte endlich Rechtssicherheit für alle betroffenen Lehrkräfte. Der aktuelle Sachstand dürfte allen Betroffenen bekannt sein. Auch hier wurde auf Drängen der GEW mit dem Ministerium eine einvernehmliche Lösung gefunden.(unabhängig von den noch ausstehenden Gerichtsurteilen)

Für von Umsetzungen betroffene Lehrerinnen und Lehrer ist der Abschluss des **Tarifvertrags Umbau** zu Beginn dieses Jahres von nicht unerheblicher Bedeutung. Liegt der neue Einsatzort außerhalb des bisherigen Dienstortes oder Wohnortes haben Betroffene Anspruch auf eine einmalige Mobilitätsprämie. Lehrkräfte, die an eine andere Schulform wechseln bzw. deren neue Einsatzschule einen anderen Schulabschluss anbietet, können sich qualifizieren. Die Kosten für die Qualifizierung trägt der Arbeitgeber. Die Beschäftigten werden für diese Fortbildung freigestellt.

( siehe auch letzte Fußnote)

*Die GEW machte im Berichtszeitraum bei der Veränderung bzw. Einführung **bildungspolitischer Vorschriften** ihren Einfluss geltend, so z.B. bei der 16.Novellierung des Schulgesetzes, Änderungen der Grundschulverordnung, Sek I Verordnung, Sonderpädagogikverordnung, GOST Verordnung, VV Leistungsermittlung und – bewertung, VV Arbeits- und Sozialverhalten oder die VV Anrechnungstunden.*

*Auch für den sozialpädagogischen Bereich standen in den vergangenen vier Jahren Veränderungen an, so die **vierte Änderung des KITA-Gesetzes** im Jahr 2007, bei der die gleiche Regierungskoalition, die sieben Jahre zuvor den Rechtsanspruch auf einen KITA-Platz einschränkte, diesen wieder ausweitete. Die Grundsätze elementarer Bildung wurden für alle KITAs verbindlich. Alle Kinder, die zur Schule kommen, müssen sich einer Sprachstandsfeststellung im Kindergarten unterziehen und werden gegebenenfalls durch ErzieherInnen gefördert. Jedoch die Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit in den KITAs und Horten haben sich nicht verbessert.*

## **2. Arbeit des Kreisvorstandes Brandenburg**

### **2.1.Aktuell**

Im September 2009 waren im GEW Kreisverband Brandenburg ca.300 Mitglieder organisiert. Allerdings könnte die Zahl nach oben oder unten etwas abweichen, da sich Lehrkräfte, die im Schulamt Brandenburg arbeiten und umgesetzt werden nicht immer beim Landesverband ummelden.

Von diesen 300 Mitgliedern gehören u.a. ca. 110 zu den Lehrkräften, 59 sind Ruheständler, 31 Beschäftigte in Kitas und Hort, 15 Soz.Päd in Freizeiteinrichtungen und für unseren KV besonders überraschend 51 Personen, die am VHS Bildungswerk tätig sind.

( Damit ist leider nur jede 5.Lehrkraft unserer Stadt in der GEW organisiert!)

## **2.2.Lehrkräfte**

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass Mitglieder der GEW – besonders Lehrerinnen und Lehrer – zwar Beiträge bezahlen, eventuell den Rechtschutz der GEW in Anspruch nehmen, selten jedoch den Einladungen zu Veranstaltungen des Kreisvorstandes folgen, stellten wir Überlegungen an, wie wir das ändern könnten.

Der mit unserem KOOP Partner Signal Iduna versandte Mitgliederbrief mit der Bitte um Rückmeldung war ein erster Schritt, fand in der Mitgliedschaft aber kaum Beachtung.

In unserem Büro boten wir zunächst wieder 14 - tägig dienstags in der Zeit von 14.00 - 17.00 Sprechstunden an. Leider fand an diesen Tagen sehr selten ein Kollege den Weg ins Büro. Ab November 2008 führten wir dann einmal monatlich am Mittwoch unsere Sprechstunde durch. Hier das gleiche Resultat. Gelegentlich gab es telefonische Nachfragen von unseren Mitgliedern.

Auch Sprechstunden direkt vor Ort an den Schulen wurden kaum genutzt, ebenso das Angebot unseres Landesvorsitzenden auf Einladung von Kollegien an der Schule Rede und Antwort zu stehen. Hier mussten wir die Erfahrung machen, dass die Lehrerinnen und Lehrer also auch von unserem Angebot in ihrer Nähe keinen Gebrauch machten. Vielleicht haben wir uns hier zu schnell entmutigen lassen und waren nicht beharrlich genug, um unsere Mitglieder zu erreichen und ihnen auch die Gelegenheit zu geben, mit uns ins Gespräch zu kommen

Im Berichtszeitraum , im April 2007 erfolgte der Umzug unserer

Geschäftsstelle in die Mühlentorstraße 3.

Mehrfach haben wir mit den Ansprechpartnern der Schulen in Beratungen aktuelle Probleme diskutiert, Vorstellungen der „Basis“ von einer effektiven Gewerkschaftsarbeit erfragt sowie nach Möglichkeiten einer schnellen reibungslosen Kommunikation bzw. des Informationsaustausch zwischen KV und Basis gesucht.

Leider nutzen noch sehr wenig Mitglieder das Informationsangebot über die Homepage des KV,

leider können wir bisher nur eine geringe Zahl der Ansprechpartner per e-mail erreichen,

leider sind wir auf den „Guten Willen“ von Schulleitungen und Sekretariaten angewiesen, wenn wir über die elektronische Post Informationen,

Einladungen u.ä. schnell, aktuell und vor allem kostenfrei verschicken

leider erscheinen unsere Veranstaltungshinweise meist nicht in der örtlichen Presse,

Ausnahmen hier die Internetplattformen Meetingpoint und Havelstadt und die Brawo!

Dann diskutierten wir, welche Interessen unsere Mitglieder haben könnten, um spezielle Fortbildungsveranstaltungen anzubieten.

Unsere Kooperationsseminare mit dem PLIB, welche sogar als Zusatzangebote mit Teilnahmebestätigung abgerechnet werden konnten, fanden überwiegend gute Resonanz.

Inhalte waren z.B. die letzte Schulgesetznovelle, Elterngespräche hier auch in KOOP mit Referat G der GEW, neue Rechtsgrundlagen für die Grundschule.

Als Referenten traten meist Mitglieder unseres LV auf.

Positive Resonanz erhielten wir auf die „Fußnote“ – den GEW-Boten für den Schulamtsbereich Brandenburg. Hier informierten GEW-Vertreter im Personalrat Lehrerinnen und Lehrer über Rechtsvorschriften, Vereinbarungen und werteten aktuelle Vorgehensweisen des Schulamtes

Auch ist es inzwischen gängige Praxis, dass die Kreisvorstände, die zum Bereich des Schulamtes Brandenburg gehören, zu gemeinsamen

Veranstaltungen einladen. So erweitert sich der angesprochene

Personenkreis und für die Referenten wurde der Kreis der Zuhörer etwas

größer. So gab es neben Veranstaltungen zur Teilzeitverbeamtung auch Versammlungen zum Schulrecht, zur Vereinbarung über den Abbau und den Ausgleich von Personalüberhängen oder zur 1. Änderung des Sozialtarifvertrages. Für einige dieser Veranstaltungen wurde unser Antrag auf Anerkennung als Lehrerfortbildung genehmigt.

Diese Strategie sollten wir unbedingt fortsetzen, um viele Lehrerinnen und Lehrer zu erreichen, auch Nichtgewerkschaftsmitglieder, die so potenzielle Neumitglieder sein könnten.

Unsere „Kulturellen Angebote“ im Berichtszeitraum wurden teilweise zu wirklichen Highlights, teilweise aus Mangel an Beteiligung zu Ausfällen. Beispielsweise LAGA Rathenow pos., LAGA Oranienburg Ausfall

Bowling mal ja mal nein

Herkuleskeule in BRB immer voll !!!!!

Schuljahresabschluss Krugpark sogar als WB abgesagt

Dampferfahrt pos.

Jahresabschluss mit JUBI +VL ist schon gute Tradition (wobei auch hier sinkende Teilnehmerzahl) deshalb heute mal anders

### **2.3.Kita**

Auch bei den Erzieherinnen und Erziehern starteten wir mit einem Mitgliederbrief mit der Bitte um Rückmeldung einen neuen Versuch der Reaktivierung der einstmals sehr guten Zusammenarbeit . Die Rückmeldung jedoch war gleich Null.

Möglicherweise ist die Vielfalt der Freien Trägerschaft der Kitas die Ursache dafür.

Nur noch eine Kita befindet sich in der Verantwortung der Kommune.

Wir gaben aber nicht auf und organisierten drei Veranstaltungen, der Arbeitszeit in Kitas angepasst, zum Kitagesetz, zur Tarifrunde, blieben aber unter uns bzw. im sehr kleinen Kreis.

Hier steht im Moment ein dickes ?

### **2.4.Senioren**

Unsere Seniorengruppe trifft sich monatlich immer am letzten Dienstag. Der Jahresarbeitsplan weist die vielseitigsten Veranstaltungen aus, von Busfahrten, Buchlesungen, Bowling bis hin zu Wellness im Spassbad!

Leider ist es uns immer noch nicht gelungen die Lehrkräfte , welche aus dem aktiven Dienst ausscheiden, nahtlos in die Senioren- bzw. Ruheständlergruppe zu integrieren.

## **2.5. DGB**

Frau Kuschnerenko vertrat im Berichtszeitraum die Interessen der GEW im DGB KV.

Gemeinsam mit allen Einzelgewerkschaften organisierte der DGB stets die Demo und das Familienfest zum 1. Mai auf dem Marienberg.

Die vom DGB vorbereitete Podiumsdiskussion mit den Direktkandidaten zur Landtagswahl im September 2009 zum Thema Bildung , moderiert von G.Fuchs, fand leider nur in einer sehr überschauberen Runde statt. Hier gab es augenscheinlich wieder Informationsprobleme/ Kommunikationsprobleme/ Werbeprobleme!

Einige unserer 2005 gewählten Kreisvorstandsmitglieder waren auch aufgrund verschiedener Funktionen und Mitarbeit in Fachgruppen Mitglieder im Landesvorstand, so dass die Teilnahme unseres Kreisvorstandes an den regelmäßigen aber auch außerordentlichen Landesvorstandssitzungen fast immer gesichert war. In unregelmäßigen Abständen fanden die KV-Sitzungen statt, in der alle über die vorhergehende Veranstaltung informiert wurden.

## **2.6. Überleitung zur aktuellen Situation**

- Schließung der Geschäftsstelle auch ver.di zum 3.12.2009
- ein Gewerkschaftshaus für alle im Gebäude der IG Metall Magdeburger Straße
- noch keine Absprachen zu den Modalitäten der Sprechstunden dort
- KV Mitglieder an die Schulen !!!!!
- Homepage, Telefon, Fax durch Mitglieder zur Kommunikation nutzen

## **Schlusswort**

